



Monika Lazar

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Rechtsextremismus in Deutschland – Analyse und Gegenstrategien

Lageanalyse

Rechtsextreme Parteien sind zur Zeit in drei Landesparlamenten vertreten – die Deutsche Volksunion (DVU) in Bremen und Brandenburg, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in Sachsen. Insgesamt 16 Mal in der Geschichte der Bundesrepublik sind rechtsextreme Parteien in deutsche Landtage eingezogen. Zählt man die Einzüge der DVU in Bremen mit, die aufgrund einer Sonderregelung ohne Erreichen der 5-Prozent-Hürde erfolgen konnten, sind es bereits 19 Mal. Auch in Kommunalparlamenten wurden nicht selten rechtsextremistische Politiker gewählt.

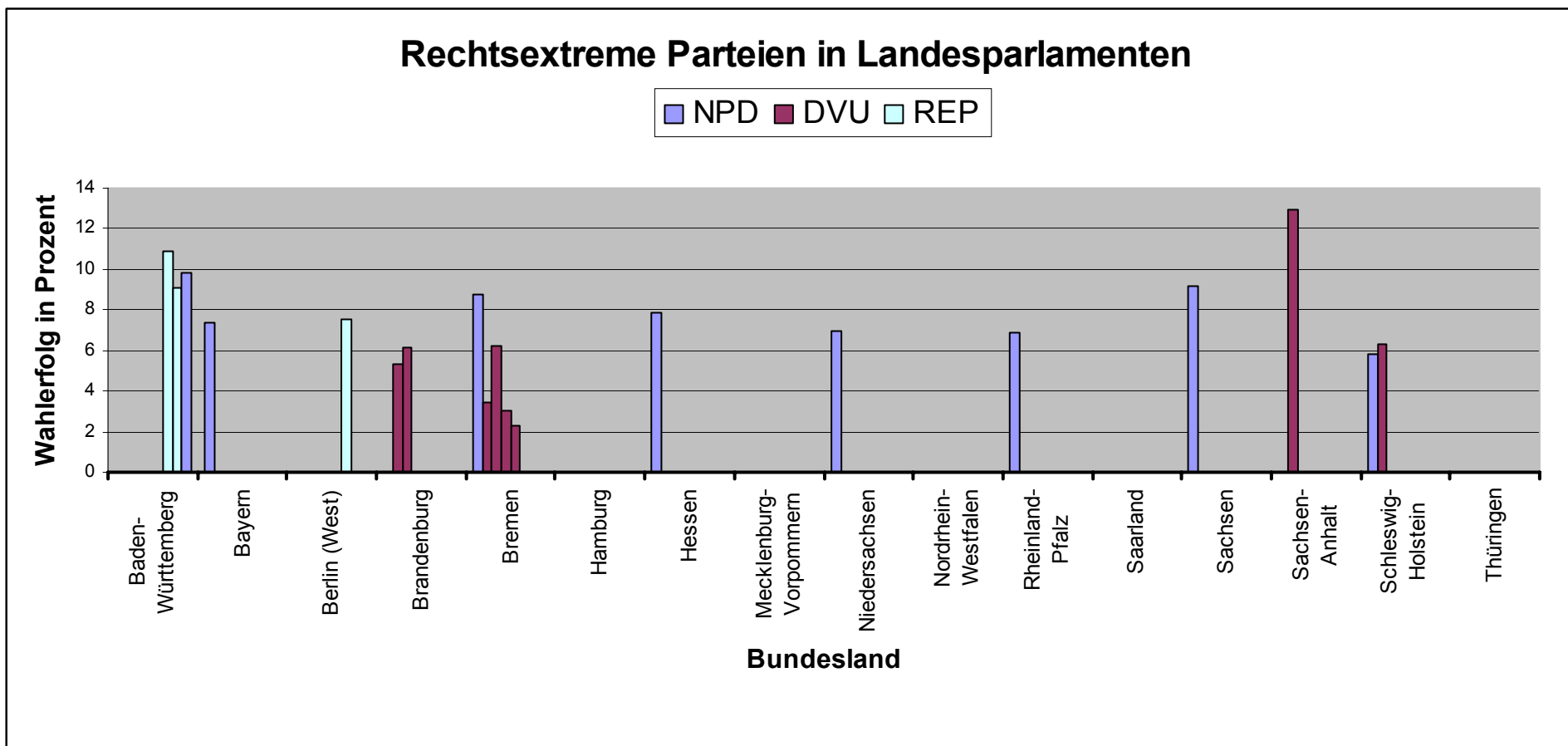
In den Bundestag haben es rechtsextreme Parteien noch nie geschafft. Am nächsten dran kam die NPD im Jahr 1969 mit 4,3 Prozent der Stimmen. Ins Europaparlament zogen die Republikaner (REP) 1989 mit 7,1 Prozent (6 Sitze) ein. Damals hat eine rechtsextremistische Partei zum ersten Mal bundesweit mehr als fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinen können.

Rund ein Drittel der Einzüge in deutsche Landesparlamente lag zwischen 1966 und 1968. Dabei errang die NPD in sieben Landesparlamenten insgesamt 61 Mandate. In allen Fällen wurde nach einer Wahlperiode die NPD nicht wiedergewählt. Später gelang es rechtsextremen Parteien teilweise, über das Verfallsdatum von einer Legislaturperiode hinauszukommen. So zogen sowohl die REP in Baden-Württemberg als auch die DVU in Bremen zwei Wahlperioden hintereinander ins Landesparlament ein. Auch in Brandenburg ist die DVU nun bereits zum zweiten Mal in den Landtag gewählt worden.

Chronik des Einzugs rechtsextremer Parteien in Landesparlamente nach Parteien	Chronik des Einzugs rechtsextremer Parteien in Landesparlamente nach Jahreszahlen
1966 NPD in Hessen (7,9% - 8 MdL)	1966 NPD in Hessen (7,9% - 8 MdL)
1966 NPD in Bayern (7,4% -15 MdL)	1966 NPD in Bayern (7,4% -15 MdL)
1967 NPD in Niedersachsen (7,0% - 10 MdL)	1967 NPD in Niedersachsen (7,0% - 10 MdL)
1967 NPD in Bremen (8,8% - 8 MdL)	1967 NPD in Bremen (8,8% - 8 MdL)
1967 NPD in Schleswig-Holstein (5,8% - 4 MdL)	1967 NPD in Schleswig-Holstein (5,8% - 4 MdL)
1967 NPD in Rheinland-Pfalz (6,9% - 4 MdL)	1967 NPD in Rheinland-Pfalz (6,9% - 4 MdL)
1968 NPD in Baden-Württemberg (9,8% -12 MdL)	1968 NPD in Baden-Württemberg (9,8% -12 MdL)
2004 NPD in Sachsen (9,2% - 12 MdL)	1987 DVU in Bremen (3,4% - 1 MdL)
1987 DVU in Bremen (3,4% - 1 MdL)	1989 REP in Berlin West (7,5% -11 MdL)
1991 DVU in Bremen (6,2% 6 MdL)	1991 DVU in Bremen (6,2% 6 MdL)
1992 DVU in Schleswig-Holstein (6,3% - 6 MdL)	1992 REP in Baden-Württemberg (10,9% -15 MdL)
1998 DVU in Sachsen-Anhalt (12,9% - 16 MdL)	1992 DVU in Schleswig-Holstein (6,3% - 6 MdL)
1999 DVU in Bremen (3,0% - 1 MdL)	1996 REP in Baden-Württemberg (9,1% - 14 MdL)
1999 DVU in Brandenburg (5,3% - 5 MdL)	1998 DVU in Sachsen-Anhalt (12,9% - 16 MdL)
2003 DVU in Bremen (2,3% - 1 MdL)	1999 DVU in Bremen (3,0% - 1 MdL)
2004 DVU in Brandenburg (6,1% - 6 MdL)	1999 DVU in Brandenburg (5,3% - 5 MdL)
1989 REP in Berlin West (7,5% -11 MdL)	2003 DVU in Bremen (2,3% - 1 MdL)
1992 REP in Baden-Württemberg (10,9% -15 MdL)	2004 NPD in Sachsen (9,2% - 12 MdL)
1996 REP in Baden-Württemberg (9,1% - 14 MdL)	2004 DVU in Brandenburg (6,1% - 6 MdL)

Ist Rechtsextremismus ein speziell ostdeutsches Phänomen?

Rechtsextreme Wahlerfolge wurden seit Bestehen der Bundesrepublik sowohl in west- als auch in ostdeutschen Bundesländern errungen (siehe Diagramm). In elf von sechzehn Landesparlamenten gab es bereits ein- oder mehrmals rechtsextreme Parteien. In Ostdeutschland haben bisher in zwei von fünf Bundesländern Rechtsextreme keinen Landtagseinzug geschafft – in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. In Westdeutschland konnten nur in drei von elf Ländern noch nie rechtsextreme Parteien die 5-Prozent-Hürde überschreiten, nämlich in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Damit ist klar, daß Rechtsextremismus nicht nur als ostdeutsches Phänomen definiert werden darf, sondern in ganz Deutschland als Problem ernst genommen werden muß.



Es wäre verfehlt zu glauben, daß nur in den Bundesländern Rechtsextremismus existiert, in denen rechtsextreme Parteien die 5-Prozent-Hürde bei Landtagswahlen überwinden konnten.

Nie im Landtag – keine Gefahr?

In NRW zogen die REP zwar nie in den Landtag, dafür aber beispielsweise im Jahr 1989 in zahlreiche Kommunalvertretungen (z.B. Köln 7,4 Prozent, Düsseldorf 6,2 Prozent, Dortmund 6,3 Prozent, Gelsenkirchen 7,4 Prozent) ein und errangen 75 Mandate in Gemeinderäten und Kreistagen sowie 44 Mandate in Bezirksvertretungen. In der saarländischen Stadt Völklingen erzielte die neu angetretene NPD bei der Gemeinderatswahl 2004 sofort 9,6 Prozent und besitzt nun 5 Mandate im Gemeinderat. In Mecklenburg-Vorpommern ist die NPD in drei Kreistagen und einer Bürgerschaft vertreten.

In Landtag und Kommunalparlament

Natürlich spiegeln sich rechtsextreme Landtags-Wahlerfolge auch in Kommunalparlamenten wider. So wurde die NPD in 148 von 513 sächsischen Gemeinden mit fünf und mehr Prozent gewählt und erreichte insgesamt 45 Mandate. Dabei konzentrieren sich die Erfolge auf gewachsene Hochburgen. Fest verankert ist die NPD z.B. im Landkreis Sächsische Schweiz, wo sie mit 9,1 Prozent die drittstärkste Fraktion stellt. In Dresden schaffte das von der NPD dominierte "Nationale Bündnis" aus ehemaligen Funktionären der REP, DVU, der Deutschen Partei (DP) sowie Mitgliedern der Vertriebenenorganisation "Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) mit reichlich vier Prozent den Einzug in den Stadtrat. Die REP, welche ein weiteres rechtsextremes Wahlbündnis anführten, spielten sogar mit erschreckenden 10,3 Prozent im sächsischen Chemnitz eine Rolle. Bundesweit erreichte die NPD insgesamt 72 kommunale Mandate.

Neuer Name - alter Inhalt

Im baden-württembergischen Villingen-Schwenningen bekam die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH) im Juni 2004 6,1 Prozent und damit 2 Mandate. Die DLVH entstand durch eine Abspaltung enttäuschter Mitglieder von NPD und REP. Durch Übertritte von Mandatsträgern erhielt sie in den 90er Jahren Landtagsmandate in Bremen und Schleswig-Holstein. Im Kölner Stadtrat bildete sie von 1991 bis 1993 eine eigene Fraktion. Die DLVH unterstützte im Oktober 2004 die Bestrebungen von NPD und DVU für künftige Wahlabsprachen und engere Zusammenarbeit im Sinne einer "einheitlichen Liste einer vereinigten Rechten" zu den Bundestagswahlen 2006.

Statistische Zuordnung

Außerdem sollte nicht übersehen werden, daß in Deutschland zusätzlich auch Parteien in Landtage gewählt wurden, die üblicherweise nicht als rechtsextremistische Parteien aufgeführt werden, deren politische Programme jedoch rechtsextreme und ausländerfeindliche Züge trugen. Hier sind etwa die Schill-Partei oder die Deutsche Reichspartei (DRP) zu nennen. Bezieht man die Schill-Partei in die Statistik ein, so zogen auch in Hamburg schon Rechtsextreme in den Landtag ein, und zwar mit 19,4 Prozent (25 Sitze) im Jahr 2001. Die DRP erzielte ihre Wahlerfolge in den 50er Jahren und zog damals in die Landtage von Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bremen ein.

Rechtsextreme Einzüge in Landesparlamente erzielen größere öffentliche Aufmerksamkeit als Erfolge in Kommunalparlamenten. Dennoch müssen gerade Erfolge auf der kommunalen Ebene mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Gefährliche rechtsextremistische Entwicklungen beginnen lange vor der statistischen Überwindung einer parlamentarischen 5-Prozent-Hürde. Rechtsextremismus wächst schleichend aus der Mitte der Gesellschaft.

Welche Versäumnisse der demokratischen Parteien begünstigen das Erstarken rechtsextremer Parteien?

Tendenz zu Verharmlosung und Gleichsetzung

Viele Facetten der öffentlichen Auseinandersetzung haben zur Verharmlosung des erstarkenden Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft beigetragen. Wahlerfolge rechtsextremer Parteien wurden als vorübergehendes, quasi zufälliges Phänomen kommentiert, als Protestwahl oder häufig auch als lokales ostdeutsches Phänomen.

Besonders problematisch war und ist die Sichtweise von CDU und CSU. Für sie sind PDS als linksextrem und NPD als rechtsextrem gleichermaßen bekämpfenswert. Mit solchen Aussagen wird natürlich die Gefahr von rechtsradikalen Parteien heruntergespielt. Heute ist es politisch dringend erforderlich, daß sich alle demokratischen Parteien – auch die PDS – zusammen gegen rechtsextreme Parteien positionieren, anstatt sich in ideologischen Grabenkämpfen zu verlieren, während rechtsextreme Parteien ungestört ihre zunehmend professionellen Strukturen weiter ausbauen.

Verharmlosungen werden auch durch Fehleinschätzungen begünstigt. So ist im Verfassungsschutzbericht 2003 zu lesen: „Das Verbotsverfahren gegen die NPD, das vom Bundesverfassungsgericht im März 2003 eingestellt wurde, hat die Partei organisatorisch und finanziell geschwächt. Sie hat deutlich an Mitgliedern verloren...gelang es ihr nicht, wie in den Vorjahren eine Führungsrolle im so genannten Nationalen Widerstand einzunehmen.“ Nur ein Jahr später mußten wir in Sachsen eine ganz andere Entwicklung beobachten.

Entpolitisierte Bildungspolitik

Kindern und Jugendlichen werden in öffentlichen Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Ausbildungsstätten kaum historische Wissensinhalte und Zusammenhänge vermittelt, die eine exakte Bewertung rechtsextremer Parteiinhalte aber erst ermöglichen würden. Außerdem bieten öffentliche Bildungsstätten keine Anleitung zum Leben in der Zivilgesellschaft und ermutigen nicht zu staatsbürgerlichem demokratischem Selbstbewußtsein. Jugendliche werden nicht ausreichend über ihre Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft aufgeklärt. So lernen sie die Vorzüge unserer demokratischen Gesellschaft nicht kennen und schätzen. Der Trend zu entpolitisierter Bildung ist aufgrund der repressiven Erfahrungen im sozialistischen Schulsystem in ostdeutschen Ländern besonders stark ausgeprägt. Zusätzlich besteht in Deutschland extreme Scheu vor dem Thema Heimatverbundenheit, weil der Begriff Heimat aus historischen Gründen oft mit nationalistischen Vorstellungen verbunden wird. Rechtsextreme Parteien haben diese Scheu nicht und bieten dadurch jungen Menschen Identifikationsmöglichkeiten.

Politische Fehler vor Ort

In zahlreichen Orten wurden jahrelang rechtsextremistische Probleme von den öffentlichen Verantwortungsträgern abgestritten oder heruntergespielt, um den Ruf ihrer Region nicht zu schädigen. Wirtschaftliche Interessen – etwa in der Touristikbranche – standen im Vordergrund. In der Jugendarbeit versagte die örtliche Politik häufig entweder durch Mangel an Interesse oder durch Geldmangel. Vielfach füllten rechtsextreme Gruppen diese Lücke mit Freizeitangeboten für Jugendliche und gewannen so wie von selbst Zulauf. Erschütternde Bedenkenlosigkeit zeigte sich darin, daß an diese Gruppen ohne weiteres öffentliche Gebäude, etwa Jugendclubs, vermietet wurden, anstatt eine Gegenkultur mit eigenen Angeboten aufzubauen.

Mangel an Glaubwürdigkeit von etablierten Parteien

Das Erstarken rechtsextremer Parteien ist auch möglich auf dem Nährboden des Verfalls an Glaubwürdigkeit der etablierten demokratischen Parteien. Die Menschen sind verunsichert durch Politikskandale und Korruptionsaffären. Vor dem Hintergrund steigender wirtschaftlicher Probleme wird die Politik als schwach, unfähig oder korrupt wahrgenommen.

„Die da oben“ sind für Bürgerinnen und Bürger keine echten Ansprechpartner mehr. Die Bürgernähe ist verlorengegangen. Stattdessen beschimpfen sich die demokratischen Parteien bei jeder Gelegenheit gegenseitig und schieben sich die Schuld in die Schuhe. Deshalb haben viele Menschen keine Orientierung mehr, woran sie wirklich glauben können. In diesem Vakuum treten rechtsextreme Parteien mit einfach verständlichen, populistischen Parolen auf und bieten scheinbar eine klare Politik an, die den Einzelnen mit seinen täglichen Sorgen in den Mittelpunkt rückt.

Beförderung rechtsextremer Vorurteile

Leider wirken auch demokratische Parteien bei der Etablierung von Vorurteilen mit. So unterstützt beispielsweise ein Generalverdacht, alle einreisenden Araber seien potentielle Terroristen, ausländerfeindliche Vorurteile in der Bevölkerung. Jede Art von grober Verallgemeinerung dient dem rechtsextremen Spektrum, ob es nun um „ukrainische Prostituierte“, „frauenunterdrückende Muslime“, „fanatische palästinensische Selbstmordattentäter“ oder auch den „für Rechtsextremismus besonders anfälligen Jammer-Ossi“ geht. Statt Schlagworten wäre eine Analyse wichtig, welche Strukturen den jeweiligen Phänomenen zugrunde liegen, damit deutlich wird, daß es sich nicht etwa um „rassische Defekte“ handelt, sondern um Folgen politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen.

Kurzfristige Symbolpolitik

Die Politik tut sich schwer, an die grundlegenden Probleme in Politik und Gesellschaft heranzugehen. Das ist bedingt durch den Wahlrhythmus in unserem Land. Das Bestreben, wieder gewählt zu werden, gewinnt häufig die Oberhand über inhaltliche Fragen. Diese Tatsache begünstigt kurzfristige symbolische Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, die in der folgenden Wahlperiode oft nicht weiter verfolgt werden. Strukturelle Analyse und Veränderung dauert gerade im Bereich Rechtsextremismus länger als vier oder fünf Jahre. Eine Regierung ist jedoch an sichtbaren Erfolgen interessiert, die ihr Wähler verschaffen. Diesem Ansatz wollen wir Bündnisgrünen mit nachhaltigen Konzepten entgegenwirken.

Rechtsextremismus den Nährboden entziehen – Stärkung unserer Demokratie

Auch wenn die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien erschreckend sind, zwingen sie doch andererseits die gesamte Gesellschaft zur Auseinandersetzung. Das sollten wir als Chance begreifen. Ignoranz und Verharmlosung sind angesichts eindeutig nazistischer Äußerungen der NPD in Sachsen nicht mehr möglich. Auch als lokales Phänomen kann die Entwicklung nicht mehr betrachtet werden. DVU und NPD haben beschlossen, daß sie künftig „nicht gegeneinander antreten, sondern bei Landtagswahlen, der Bundestagswahl und Europawahl ihre Kräfte vereinigen“ wollen, wie DVU-Chef Frey in den Medien verkündete. Trotz erfolgreicher Projekte gegen Rechts bauen rechtsextreme Parteien ihren Einflußbereich aus. Wir müssen also noch viel mehr tun, um Demokratie attraktiv zu machen.

Die Analyse, was nicht funktioniert, bietet wertvolle Hinweise, welche Ansätze unsere Demokratie nachhaltig stärken können. Der Versuch, rechtsextremistische Parolen mit politisch-korrekten Parolen platzzumachen, wird demokratische Entwicklungen nicht fördern. Außerdem kann man mit dem lautstarken populistischen Ansatz schon allein deshalb nicht siegen, weil Parteien wie die NPD an knackiger Polemik momentan nicht zu übertreffen sind.

Was haben wir – die Politik und die Gesellschaft – statt dessen zu bieten?

Wir leben in einem historisch hart errungenen demokratischen Rechtsstaat. Es ist eine vordringliche politische Aufgabe, den Menschen in diesem Staat – und ganz besonders den Kindern und Jugendlichen – glaubwürdig zu erklären, warum Demokratie ein so hohes Gut ist und wie die Gesellschaft ohne demokratischen Konsens aussehen würde. Die früheren DDR-BürgerInnen wissen, wie es sich in einer sogenannten „Diktatur des Proletariats“ lebt. Viele Menschen bewiesen im Jahr 1989 ihren Mut zu einer friedlichen gesellschaftlichen

Veränderung. Was danach folgte, waren jedoch nicht die von Kohl verheißenen „blühenden Landschaften“, noch dazu nicht „aus der Portokasse bezahlt“, sondern große Orientierungslosigkeit und wirtschaftlicher Verfall. Die Menschen in Ostdeutschland erhielten kaum Anleitung, wie die neue marktwirtschaftliche, demokratische Gesellschaft überhaupt funktioniert. Jüngere Westdeutsche dagegen sind in die Demokratie hineingeboren worden und nehmen sie oft als Selbstverständlichkeit hin, ohne sie als besondere Errungenschaft zu empfinden.

Freude über das Leben in der Demokratie herrscht weder in Ost noch in West. Es dominieren materielle Unzufriedenheit, politischer Frust und Resignation. Obwohl die Demokratie viele Möglichkeiten zum Mitmachen bietet, fühlen sich die meisten Menschen hilflos politischen oder wirtschaftlichen Entscheidungen von oben ausgeliefert. Bei Gesprächen darüber wird immer wieder deutlich, daß das Gefühl, sowieso nichts ändern zu können, viele junge Leute in Deutschland bedrückt. Rechtsextreme Parteien, die einfache Begründungen für Mißstände liefern, greifen solche Gefühle auf und bauen die trügerische Vision eines schnellen Auswegs auf. Das verschafft ihnen Zulauf. Dem müssen demokratische Parteien eine Vision gegenüberstellen, die von realistischen und nachhaltigen Konzepten getragen wird.

Rechtsextremismus ist in seinen Grundaussagen undifferenziert und demagogisch. Das demokratische Gegengewicht muß differenziert und ehrlich sein. Dieser Herausforderung haben sich demokratische Parteien zu stellen.

Welche Ansätze zur nachhaltigen Stärkung der Zivilgesellschaft gibt es?

An zahlreichen Orten arbeiten Akteure gegen Rechtsextremismus, teilweise ohne voneinander zu wissen. Es gibt keinen zentralen Informationsdienst, bei dem die Fäden zusammenlaufen. Dies ist auch gar nicht möglich, da es gerade in der Auseinandersetzung gegen Rechtsextremismus auf tägliche Zivilcourage und ortsspezifische Aktivitäten ankommt. Die Politik kann hier nur die Rahmenbedingungen schaffen. Die folgende Auflistung zeigt ausgewählte Ansatzmöglichkeiten für Menschen auf, die sich für unsere Demokratie engagieren wollen. Sie soll ein Beitrag sein zur besseren Vernetzung von Aktivitäten. Es werden daher auch Ansprechpartner oder Internetlinks ausgeführt.

Bündnisgrüne Initiativen

Kommission „Rechtsextremismus“

Nach den jüngsten Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien hat der Bundesvorstand von Bündnis90/Die Grünen auf seiner Sitzung am 25. Oktober 2004 beschlossen, eine Kommission „Rechtsextremismus“ einzurichten. Sie tagt unter Leitung der Bundesvorsitzenden Claudia Roth und will sich intensiv und systematisch mit dem Thema befassen. In der Kommission arbeiten gesellschaftliche VertreterInnen von Bundes- und Länderebene sowie von Initiativen zusammen. Das liefert einen sehr wichtigen Beitrag zur Vernetzung. Bis zum Sommer 2005 wird die Kommission aus „politisch-praktischer Perspektive den neueren Entwicklungen nachgehen“ und dem Bundesvorstand Vorschläge unterbreiten.

Ansprechpartnerin: Claudia Roth (buero.roth@gruene.de)

Vernetzung von Bundestagsfraktion und bündnisgrüner sächsischer Landtagsfraktion
VertreterInnen beider Fraktionen trafen sich am 15. Dezember 2004 zu einer Beratung über das gemeinsame Vorgehen nach dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag. Es wurde beschlossen, eine Studie zum Thema „Demokratie in Deutschland“ in Auftrag zu geben, die sich mit Strategie und Taktik rechtsextremer Parteien und deren Wählerstruktur beschäftigen und vorhandene Daten zu Rechtsextremismus zusammentragen soll. In einem Workshop mit Abgeordneten und MitarbeiterInnen sollen die gesammelten Daten ausgewertet und Handlungsoptionen daraus entwickelt werden, wie wir „Demokratie zu Erfolgsmodell machen“ können.

Ansprechpartnerinnen: Katrin Göring-Eckardt (katrin.goering-eckardt@bundestag.de)
und Antje Hermenau (Antje.Hermenau@slt.sachsen.de)

Bildungsoffensive gegen Rechts

Der Bundesverband Grüne Jugend hat ein Projekt angekurbelt, welches den Zusammenhang zwischen Bildung und Rechtsextremismus in den Mittelpunkt einer Gegenstrategie stellt. Mit noch recht frischen Erinnerungen an „langweiligen Schulunterricht“ startet die Grüne Jugend zu einer gar nicht langweiligen „Bildungsoffensive gegen Rechts“, die Aktivitäten wie Internetauftritte, Fachseminare, Vernetzungstreffen, Infomaterialien einschließen soll. Das Projekt befindet sich gerade in der konzeptionellen Phase.

Ansprechpartner: Malte Spitz (Malte.Spitz@gruene.de)

Informationsmaterialien aus unserer Fraktion

Viele Anfragen haben gezeigt, daß sowohl in der Bevölkerung als auch innerhalb der Parlamente Verunsicherung darüber herrscht, welche Strategien im Umgang mit Rechtsextremisten sinnvoll und demokratiegestärkend sind. Deshalb plant die Fraktion den Druck von Informationsmaterialien. Es sollen zwei Faltblätter (zu Aufklärung und über Demokratie) entstehen sowie eine größere Hintergrundbroschüre über Rechtsextremismus.

Ansprechpartnerin: Monika Lazar (monika.lazar@bundestag.de)

Information über die rechtsextreme Musikszene

Gerade Jugendliche geraten häufig über Musik in die rechtsradikale und neofaschistische Szene. Es existieren zahlreiche Bands, deren Liedtexte rassistisch und Gewalt verherrlichend sind. Der sogenannte „Rechtsrock“ wird strategisch von rechtsextremen Parteikadern eingesetzt, um einen Zugang zu jungen Leuten zu finden. Im vergangenen Jahr hat die AG Ost mit den Rechtsrock-Spezialisten Christian Dornbusch und Jan Raabe eine Multimediaveranstaltung durchgeführt, deren Inhalte für Gegenstrategien gegen rechtsextremistischen Musikmißbrauch wichtig sind.

Ansprechpartner: Peter Hettlich (peter.hettlich@bundestag.de)

Veranstaltung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Deutschland

Da ich in unserer Fraktion für das Thema Rechtsextremismus zuständig bin, bereite ich für den 23. Juni 2005 eine Veranstaltung vor, in der es um Initiativen gegen Rechts und deren langfristige Finanzierungsgrundlage gehen soll. Es werden PolitikerInnen von Bundes- und Landesebene sowie engagierte VertreterInnen von Initiativen über den Stand der Dinge referieren und danach miteinander über politische und finanzielle Perspektiven reden. Jahr für Jahr gestaltet sich die Finanzierung kleiner Träger vor Ort zur Zitterpartie um den weiteren Fortbestand. Noch gelang es – meist in letzter Minute durch das Engagement unserer grünen HaushälterInnen – die immer wieder gekürzten Mittel zu stabilisieren. Es ist nun höchste Zeit, für langfristige Planungssicherheit zu sorgen, damit die Initiativen sich auf ihre Arbeit konzentrieren und nachhaltig angelegte Konzepte auch durchführen können. Deshalb soll auf dieser Veranstaltung auch ein Beschluß zu dem in der AG Ost entwickelten Stiftungsmodell vorbereitet werden.

Ansprechpartnerin: Monika Lazar (monika.lazar@bundestag.de)

Initiativen der rot-grünen Bundesregierung

Bündnis für Demokratie und Toleranz

Das "Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt" bündelt die Kräfte, die sich gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus stellen. Es wurde im Jahr 2000 am 23. Mai - dem Tag des Grundgesetzes - gegründet. Ziele des Bündnisses sind Dokumentation, Beratung, Beteiligung an Aufklärungskampagnen sowie Vernetzung zwischen Gruppen. Obwohl das Bündnis durch eine Initiative des Deutschen Bundestages entstanden ist, gehören ihm nicht nur Personen aus allen im Bundestag vertretenen Parteien, sondern auch aus den Kirchen, aus Nicht-Regierungsorganisationen und aus der Wissenschaft an. Jedes Jahr am 23. Mai wird die Arbeit des Bündnisses präsentiert. Dies geschieht mit Vorträgen, Workshops, Musik, Diskussionen sowie Dokumentation und Auszeichnung herausragender Initiativen.

Internetlink: www.buendnis-toleranz.de

Internetlink zum Bericht 2004: www.buendnis-toleranz.de/Anlage13855/Das-Buendnis-im-Jahr-2004.pdf

Bundesgeförderte Programme gegen Rechtsextremismus

- "CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern"
- "ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus"

Ziel dieser Programme ist es, Strukturen aufzubauen, die demokratisches Verhalten und ziviles Engagement bei Jugendlichen stärken sowie Weltoffenheit und Toleranz fördern. Dazu hat Rot-Grün im Jahr 2001 das Aktionsprogramm "Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" gestartet, das aus drei Teilen besteht: CIVITAS, ENTIMON und "XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt" (hierzu siehe EU-Programme). Das Programm CIVITAS ist speziell auf die neuen Länder zugeschnitten, weil es dort einen besonderen Nachholbedarf bei der Entwicklung von Netzwerken zur Stärkung der Zivilgesellschaft gibt. Das wurde auch bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg deutlich. Die beiden entscheidenden Schwerpunkte der Förderung sind Mobile Beratungsteams und Opferberatung. In diesem Jahr stehen dafür 9 Millionen Euro zur Verfügung. Aber nicht nur in Ostdeutschland ist Rechtsextremismus ein Problem. Das gesamtdeutsche Programm ENTIMON konzentriert sich daher mehr auf die alten Bundesländer.

CIVITAS - Internetlink für detaillierte Informationen: www.jugendstiftung-civitas.de

ENTIMON - Internetlink für detaillierte Informationen: www.entimon.de

„Projekt P – misch dich ein“

Viele junge Leute sehen keine Möglichkeit zur politischen Partizipation. Hier will Projekt P, eine gemeinsame Initiative des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ), des Deutschen Bundesjugendrings und der Bundeszentrale für politische Bildung, ansetzen. Das Projekt soll junge Menschen unterstützen, sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Internetlink: www.projekt-p.de

Weitere Initiativen

EU-geförderte Programme

Obwohl sich EU-Programme nicht direkt auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus berufen, werden sie hier kurz aufgeführt als Initiativen, einem rassistischen, fremdenfeindlichen und diskriminierenden Menschenbild entgegenzuwirken. Die EU fördert Projekte und Aktivitäten zu Analyse, Austausch und Erziehung in folgenden Programmen:

- Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierungen (2001-2006)
- Jugendprogramm / Internationale Jugendbegegnungen

- COMENIUS (Schulbildung) mit Schwerpunkt „Bekämpfung von Rassismus“
- EQUAL gegen Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt
- XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
- Aktionsprogramm Bürgerbeteiligung zur Förderung von Initiative und Teilhabe von BürgerInnen sowie Förderung des Austausches zwischen BürgerInnen und Organisationen
- Forschungs- und Bewertungsprogramm zur Achtung der Grundrechte

Link für detaillierte Informationen: www.europa.eu.int

„Projektgruppe Rechtsextremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt Informationsmaterial zum geschichtlichen Hintergrund des Rechtsextremismus zur Verfügung. Im Jahr 2000 gründete sie die „Projektgruppe Rechtsextremismus“. Diese hat in den letzten fünf Jahren eigene Projektideen entwickelt und, meist in Kooperation, vierzig Projekte durchgeführt. Außerdem fördert sie Modellprojekte gegen Rechtsextremismus und wertet diese aus.

Internetlink: www.bpb.de

Aussteigerinitiative EXIT

EXIT ist eine Initiative, die Aussteigern aus der rechtsradikalen Szene Hilfe anbietet. Sie wurde im Jahr 2000 von Ex-Kriminaloberrat Bernd Wagner und Ex-Naziführer Ingo Hasselbach gegründet und arbeitet eng mit anderen Initiativen und Stiftungen zusammen. EXIT vermittelt Aussteigern Kontakte und gibt praktische Hilfen.

Internetlink: www.exit-deutschland.de

Internet-Dialogforum für Aussteiger

Über dieses Dialogforum sagt der NPD-Aussteiger Matthias Adrian: „Als ich in dem seelischen Tief war, bekam ich Kontakt zu einer Internetseite, die sich provokant „www.nazis.de“ nennt, um Rechtsextreme anzulocken und ins Gespräch zu ziehen. Chat-Räume gibt es da und Diskussionsforen. Die Website ist ideal für Leute, die vielleicht am Rande der Szene stehen oder die schon weitergedacht haben und raus möchten.“

Internetlink: www.nazis.de

Weitere Akteure gegen Rechtsextremismus

Da hier nur ausgewählte Initiativen benannt werden, wird zur zusätzlichen Information auf ein Papier von MdB Peter Hettlich verwiesen, in dem weitere Akteure aufgelistet sind.

Ansprechpartner: Peter Hettlich (peter.hettlich@bundestag.de)

Wer Zugang zum grünen Extranet besitzt, kann auch anklicken:

https://www.gruene-extra.de/cms/default/dokbin/48/48380.wer_kaempft_gegen_rechts.pdf

Viele Menschen engagieren sich gegen Rechtsextremismus, wie die aufgeführten Beispiele zeigen. Es wird nun darauf ankommen, daß die verschiedenen Akteure auf allen Ebenen sich nicht gegeneinander profilieren, sondern miteinander kooperieren und sich vernetzen, um die Bemühungen der gemeinsamen Gegner im rechtsextremistischen Lager wirkungslos zu machen. Geschlossenes Vorgehen öffentlicher Akteure aus Politik und Gesellschaft wird auch die Menschen im Land ermutigen, im täglichen Leben Zivilcourage zu zeigen und für demokratische Grundwerte einzustehen. Ein sichtbarer Konsens demokratischer Kräfte in Deutschland kann als Vorbild auf Kinder und Jugendliche wirken und ihnen demokratische Einstellungen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nahebringen. Nur so kann sich aus unserer Gesellschaft heraus eine nachfolgende Generation entwickeln, die sich Demokratie nie mehr nehmen lassen will.